

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

30.12.1873 (No. 302)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 302.

erschienen täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 21 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 28 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 30. December

Insertionsgebühren:
die gespaltene Zeile ober deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Zu zahlreichem Abonnement auf den Badischen Beobachter laden wir mit Hinweis auf die an der Spitze des Blattes angegebenen Preisbestimmungen ergebenst ein.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 22. Dec. (2. Kammer. Debatte über die Verfassungsrevision. Schluß.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden mehrere Petitionen in Betreff der Erhöhung der Einquartierungsgelder übergeben, sowie eine Petition durch den Abg. Buß, die kirchlichen Wirren betr., die aber, der richtigen Ueberschrift entbehrend, dem genannten Abgeordneten zurückgegeben wird.

Das Wort erhält zunächst der Abg. Jungmanns: In keinem Lande sei es so nöthig wie in dem unstrigen die politische Zukunft an die Vergangenheit anzuknüpfen; die Verfassung habe den Volksstamm erst geschaffen. Durch eine grausame Kriegsgewalt seien die süddeutschen Staaten gegründet worden, mit Widerwillen hätten sie die auferlegte Blutsteuer getragen; die Verfassung habe bei uns erst das Friedensband geschaffen. Er möchte die wenigen Erinnerungen in der Verfassung an die Vergangenheit nicht missen. Die furchtbaren confessionellen Kämpfe seit dem Beginne des Reiches seien geeignet, die Freude an demselben zu stören und er sehe daher trüb in die Zukunft. Daß die Reichsverfassung immer geändert werde, beklage er; dagegen habe man 14 Millionen Katholiken es abgeschlagen, nachdem sie für das Reich gestritten, ihre Kirche zu garantiren, ja noch mehr, man habe ihnen statt dessen Ausnahmsgesetze gegeben. Eine Reform unserer Verfassung halte er für gut und seine Partei werde auch für die einjährige Budgetperiode stimmen, wenn man andererseits in das direkte Wahlrecht willige. Stimmen Sie unserem Antrage nicht zu, dann werden wir auch nicht Ihrem Initiativantrag beitreten. Was die erste Kammer anlangt, so sei es geeignet, dieselbe aufzuheben oder umzugestalten, da die unabhängigen Grundherren dort lahm gelegt seien durch die 8 von der Krone ernannten Mitglieder; bei einer Umwandlung derselben werde man am besten thun, sie nach Klassen wählen zu lassen. Das direkte Wahlrecht sollte man nicht versagen; es handle sich bei dem diesbezüglichen Antrag nicht um einige Sitze mehr oder weniger für seine Partei. Wenn der Syllabus wirklich die citirten Aeußerungen gegen die Freiheit enthalte, so existire er hierin nicht für ihn; der Papst höre für ihn auf, wo das Weltliche beginne. Wollen Sie ganz neue Grundgesetze machen, dann kann Ihr Werk nur heilsam sein, wenn Sie es dem Volke selbst in seinen Wahlcollegien zur Abstimmung vorlegen. (Eine Stimme: Referendum!)

Abg. Blum: Es sei nur noch eine dürftige Ernte übrig nach den großen Reden des Vormittags. Im Reichstag hätten viele seiner Freunde keine Sympathie für die Revision der Verfassungen in den Einzelstaaten; sowohl die Anhänger des Einheitsstaates wie die Particularisten wollten nichts davon wissen. In Baden, wo man sich der Reichsverfassung ohne Clauseln und Reservatrechte unterworfen haben, könne man unbedenklich jetzt die Revision in Angriff nehmen. Mit Jolly sei er einverstanden in Betreff Aufrechterhaltung historischer Ueberlieferungen, so in Betreff der Aufhebung des Lehnten, den der unfehlbare Papst heute noch in Anspruch nehme. (Lachen rechts.) Er sei erfreut, wenn der deutsche Adel sich am öffentlichen Leben betheiligen wolle, aber er dürfe kein Privileg dabei haben; auf ein besonderes Wahlrecht solle er Verzicht leisten. Feder gehe in seinem Verlangen zu weit; was z. B. das Wiederholen von Reden außerhalb dieses Saales angehe, so dürften diese draußen nicht absolut straflos bleiben: auch hier stehe man unter einer Strafgewalt, der des Präsidenten, und diese hätten draußen die Gerichte zu üben. Redner erklärt sich für einen Anhänger des indirecten Wahlrechts. Letzteres, das System der Repräsentation, entspreche den Deutschen Völkern; das direkte gehöre

den Romanen an. Die jährlichen Landtage halte er für zweckentsprechend und in Conformität mit dem Reich; der Reichstag solle die allgemeinen Grundsätze normiren und die Landtage sie im Einzelnen ausbauen. Deshalb solle der Reichstag im Herbst, der Landtag im Frühjahr tagen. Er richtet schließlich die Bitte an die Regierung, es möchte dieselbe noch vor Zusammentritt der Stände die Gesetzentwürfe mittheilen, damit eine Vorbereitung auf dieselben möglich sei.

Abg. Marbe: Die ganze Discussion mache ihm bis jetzt den Eindruck, daß man mit der Revision der Verfassung lediglich den Antrag seiner Freunde, der schon vor Wochen eingereicht worden, begraben und daneben Wahlpropaganda machen wolle. Man sei sich auf Seiten seiner Partei wohl bewußt gewesen, daß vor drei Jahren eine Abänderung des Wahlgesetzes stattgehabt. Damals habe der Abg. Kiefer wie heute es verstanden, seine Ansicht für das direkte Wahlsystem abzugeben, aber durch seine Begründung das Gegentheil zu befördern. Wenn derselbe gesagt habe, er freue sich, daß bei dem direkten Wahlverfahren die Wähler seiner Partei ihre Schuldigkeit thun müßten, so sage Redner dasselbe von seiner eigenen Partei, — geben Sie uns also das direkte Wahlrecht! Gehe man über diesen Antrag zur Tagesordnung über, so könne man auch von dieser Seite dem Antrag auf die einjährige Budgetperiode nicht beistimmen. Letzterer Antrag sei ohnehin zu früh geboren, andernfalls hätte auch eine andere Wahlperiode eintreten müssen: nach § 38 der Verfassung seien die Abgeordneten auf vier Jahre gewählt mit hälftiger Erneuerung nach zwei Jahren; wird die Budgetperiode auf ein Jahr festgesetzt, so müßte auch jener § geändert werden. (Schmidt v. C.: Warum denn?) Redner beklagt, daß man über eine so wichtige Sache so ohne Weiteres weggehen wolle; denn obgleich die Majorität im Grunde damit einverstanden sei, stimme sie nur dagegen, weil sie von der kathol. Volkspartei eingebracht worden. Redner zählt eine Reihe von in der Presse besprochener Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen auf, die bei der direkten Wahl nicht möglich gewesen wären. Von Feder hätte er wohl erwarten dürfen, daß dieser wenigstens bedingungsweise seine Zustimmung gegeben hätte. Zum Schluß erkläre er, daß er trotz aller Anerkennung für die Begründung gegen den Antrag der Majorität auf einjähriges Budget stimme, weil letzteres etwas Unfertiges sei.

Ueber die Rede des Abg. W. A. R., der nun folgte, könnten wir fast wortgetreu referiren, da unsere Notizen sehr eingehend gehalten sind; da indessen dieser Herr durch minutiöse Berichtigungen der Schrecken aller Redaktionen geworden ist, so ziehen wir es vor, statt allensalfige direkte Correcturen befürchten zu müssen, zu dem weit kürzeren Referat der Karlsr. Zeitung zu greifen, nach welchem derselbe sagte:

„Die Motion des Abg. v. Feder lasse sich mit der des Abg. Bluntschli wohl vereinigen; überhaupt könne man sich über v. Feder's wieder erwachte Pöfnungsfreudigkeit sehr befriedigt fühlen. Redner stelle zu dem Initiativantrag des Abg. v. Buß, in Erwägung, daß eine allgemeine Verfassungsrevision vorgenommen werde und daß eine Abänderung der Wahlordnung vor der allgemeinen Revision weder dringlich noch zeitgemäß sei, den Antrag auf Tagesordnung. Zwar würde der Rechten die Erfüllung ihres Herzenswunsches nicht viel helfen; man möchte aber auf jener Seite gerne, daß der Vermittler zwischen dem Individuum und der Gottheit auch die Mittelsperson zwischen dem Urvähler und der Wahlurne sei, und da sei dem Redner der Wahlmann als Vermittler doch noch lieber, wenn auch bei der direkten Wahl der deutsche Bürgerstand sicherlich seinen berechtigten Einfluß noch üben werde.“

Abg. Krebs: Von der heutigen Discussion sei er sehr befriedigt; mit Feder aber sei er nicht einverstanden, wenn dieser die erste und zweite Kammer verschmelzen wolle. Wenn das Volk die Herren aus der ersten Kammer hierher berufe, so sei nichts dagegen zu erinnern; in anderer Weise gehe das

nicht an. Die Anträge von dort drüben (äußerste Rechte) — das Compliment dürfe man den Herren machen — seien demokratisch; aber „die wahren Freunde wissen wir zu ehren, den falschen zu wehren“. Ohne Rücksicht auf die Städte für je 25,000 Menschen einen Abgeordneten zu wählen, das sei nicht practisch. In den Städten sei die Intelligenz, das habe auch Buß zugegeben; das von den Ultramontanen dagegen beherrschte Landvolk habe man mit Recht als Stimmbieh bezeichnet. In Frankreich seien die Bauern von den Priestern zur Wahlurne geführt worden; jetzt wolle man Seitens der dortigen Ultramontanen nichts mehr vom directen Wahlrecht wissen. Wenn der Antrag getrennt würde, könne er für den ersten Theil stimmen, im Ganzen aber sei er mit der Tagesordnung einverstanden.

Abg. Lender: Die beiden Antragsteller hätten in würdiger Weise ihre Aufgabe gelöst und könnte er mit seinen Freunden dem dort Gesagten zustimmen; denn Alles was sie über die directen Wahlen und Anderes vorgetragen, könne auch von seiner Seite unterschrieben werden; wenn er mit seinen Freunden nicht zustimme, so geschehe es nur auf Grund der Erklärung der Regierungsbank, daß eine Folge dafür, insbesondere für Bluntschli's Motion, in nächster Zeit nicht zu erwarten sei. Der Antrag seiner Partei auf direkte Wahlen habe einen festigen Gegner in Staatsminister Jolly gefunden; er bedaure nur, daß dieser in demselben Augenblick, in dem er den Fürsten Bismarck gefeiert, vergessen habe, daß letzterer die indirecte Wahl eine Fälschung genannt. Wenn Jolly sich auf das erst vor drei Jahren geschaffene Wahlsystem berufe, so wisse man ja, daß die damaligen Führer der Majorität Kiefer und Ehard sich ganz entschieden für die directen Wahlen erklärt hätten und daß anderwärts, besonders in Berlin, das direkte Wahlverfahren nicht verworfen, sondern nur vertagt worden sei. Auch die materiellen Gründe des Staatsministers seien nicht stichhaltig: wenn er behaupte, daß die indirecte Wahl mehr der Selbstständigkeit Raum biete, so lasse sich das Gegentheil für den nicht verkennen, der einen offenen Blick in der Gemeinde habe, der also wisse, daß die Familienfragen und Lokalinteressen die Hauptrolle bei der indirecten Wahl spielten. Viel Bank werde durch die Einführung der direkten Wahl verbannt. Wenn Jolly ferner die Analogie Preußens für die kleinen Staaten geltend gemacht habe, so habe er übersehen, daß kleine Staaten ohne Nachtheil schon das direkte Verfahren eingeführt hätten und andere im Begriff seien es zu thun. In Betreff der Städteprivilegien habe der Staatsminister den Vorwurf erhoben, als wolle man die größere Intelligenz beseitigen; Redner bestreitet aber, daß die Städte auch heute noch vor allem die Träger der Intelligenz seien. Die socialen Verhältnisse seien ganz andere gegen früher geworden, in wenigen Jahren würden sie sich noch weit mehr verändern. Gegen die socialen Gefahren, die von den Städten kämen, würden die Gemeinden auf dem Lande die beste Stütze bilden. Wenn auch der Staatsminister im weiteren Verlauf seiner E.örterungen ganz andere Saiten gegen die Partei des Redners ausgezogen habe, als gegen Bluntschli, so hätte er doch auch keine Zustimmung zu des Letzteren Vorschlägen gegeben; dies habe sich trotz den gemachten Complimenten unschwer zwischen den Zeilen herauslesen lassen.

So weit hätten indessen die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf gehabt. Da sei der Abg. Kiefer gekommen: statt pro und contra ruhig und objectiv die Dinge zu behandeln, habe er über Alles und Jedes gesprochen und gar Vieles wiederholt, was er 1868 und 1870 gesagt. Schon damals habe Kiefer geäußert: eure Schleppträger haben Napoleon zur Herrschaft gerufen, und doch sei das unwahr, denn der Clerus habe größtentheils für Cavaignac gestimmt. Im Uebrigen sei es für uns einerlei, was die Franzosen thäten. Wenn dann Kiefer vom Syllabus gesprochen, so kümmere uns

dies hier nicht. Wir haben hier unseren Eid als Vertreter des Volkes geschworen und das kommt allein in Betracht. (Verschiedene Zwischenrufe. Abg. Schmidt v. C.: Ihr Freund Lindau hat gesagt, die Franzosen hätten Ihre Sympathien! Abg. Jungmanns protestirt gegen die Unterbrechungen. Präsident: Der Abg. Jungmanns hat das Wort nicht! Lender fortfahrend): Der Abg. Kiefer könnte von Berlin her wissen, daß die Frage der Präsenz dort eine offene sei, es sei also nicht verständlich, wie er hier von einem Attentat auf das Reich reden könne. Wie könne Kiefer einem Abgeordneten, wo es sich nächstens um die Wahlen handle, die Verdächtigung machen: er vergifte das Volk, — das sei eine Verläumdung, die er zurückweise. Sie haben in feierlicher Stunde uns das Zeugniß der Pflichterfüllung gegeben; heute hat Niemand das Recht, uns die Vaterlandsliebe abzusprechen! Wenn man vom „Sieg des Volksgeistes“ rede, dann unterscheide man auch nicht innerhalb des Volks nach dem angeblichen Maßstab der Intelligenz; fürchte man die direkte Wahl nicht, so nehme man doch den Kampf auf diesem Boden auf.

Was der Abg. Blum über den Zehnten gesagt, könne er füglich übergehen. Der Abg. Krebs liebt es, mit großen Floskeln uns zu bedienen, wie sein citirter Vers beweise; Redner glaubt, daß er mehr Demokratie besitze als Herr Krebs. Eine Demokratie, die die Städteprivilegien aufrecht erhalten wolle und das Volk als Stimmvieh handle, habe keine Aussicht, bei den Wahlen auf den Schild gehoben zu werden. Auch was Herr Krebs von Frankreich gesagt, sei falsch; die Oleanisten wollten dort das direkte Wahlrecht aufheben und das seien die Freunde der Kirche nicht. Im Sinne der Zeit liege das allgemeine Wahlrecht; erkenne man es an, so müßte man dies ehrlich thun oder es offen zu verwerfen den Muth haben.

Abg. Roder: Man möge es ihm nicht verübeln, wenn er nach so ausgezeichneten Reden, besonders nach derjenigen des Herrn Staatsministers in so vorgerückter Stunde noch das Wort ergreife. Er glaube aber, daß es am Platze sei für einen Wähler vom Land, für einen Abgeordneten aus einem ganz katholischen Bezirk. Er habe früher selbst für das allgemeine directe Stimmrecht geschwärmt, aber er habe gefunden, daß dasselbe in der Theorie schöner, als in der Praxis sei. Niemand auf dem Land wolle die direkte Wahl. (Widerpruch. Oh!) Nein, bei uns drohen Niemand, jedenfalls so lange nicht, als der Kampf gegen die hierarchischen Bestrebungen fort-dauert. Unsere geistlichen Herren verwalten ihr geistliches Amt nicht mehr wie sie sollten, — sie sind politische Agitatoren geworden. Der Abg. Kiefer könne den Liberalen keine Vorwürfe über Unthätigkeit machen; was sollten sie thun, wenn die Geistlichen überall ihre Unterofficiere und Hauptleute hätten, wenn sie im Lande herum reisten, nicht mehr wie Peter von Amiens hoch zu Ross, sondern zu Silwagen und Waggon, während die Liberalen nicht immer Zeit hätten draußen herumzufahren. Als Beispiele führt Redner den Beneficial Wall in Ueberlingen an, der 6 Wochen lang den Bezirk bearbeitete, aber doch Fiasco gemacht habe, und einen Caplan Weiß in Reßkirch, den man sich extra aus Schwarzach habe kommen lassen, dem es aber schließlich auch nicht besser gegangen sei. Redner polemisirt dann noch gegen einzelne Behauptungen der Abgg. Buß und Lender und betont gegen Erstere insbesondere die „Aufschrumpfen“ des Clerus, worüber auf der äußersten Rechten gelacht wird. Gegen Lender behauptet er, dieser habe einst seinem Freunde Conrad vorgeworfen, der Bürger habe keine Schule, was Lender, als in diesem Sinne nicht gesprochen, durch eine Zwischenbemerkung zurückweist. Redner schließt damit, daß er behauptet, wenn der Geistliche seinen Beruf im Stich lasse, um zu agitiren, er Unglück über die Länder bringe.

Abg. Nicolai nimmt sich gegenüber dem Vorwurf des Abg. Buß der Stadt Karlsruhe an. Die Theilnahmslosigkeit derselben bei den Urwahlen sei lediglich auf das sichere Gefühl des Sieges zurückzuführen. Unser Wahlsystem sei vor 3 Jahren sehr erheblich verbessert worden; in Preußen opponire man auch hauptsächlich nur gegen das Dreiklassen-system. Gegen eine Revision der Verfassung habe er nichts; nur bitte er, daß man die Arbeit mit Pietät vollziehe.

Darauf wird der Schluß der Debatte beantragt und angenommen; es erhalten also noch die drei Antragsteller das Wort.

Abg. v. Feder: Man solle die Motionen in die Abtheilungen verweisen und eine Commission aus derselben wählen. Er habe nur noch einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Der Abg.

Krebs sei gegen eine Verschmelzung beider Kammern und wolle das andere Haus einfach aufgehoben haben; allein er (Redner) könne sich nicht so leicht über erworbene Rechte hinwegsetzen; das ver-trage sich nicht mit seiner juristischen Ueberzeugung. Gegen Jolly bemerkte er: er habe auch Pietät für die Vergangenheit, aber mit der Erwähnung der Frohnden und Leibeigenschaft in unseren Tagen mache man den einfachen Mann irre. Blum habe aus der Schule geschwätzt: wenn die Einheitsstaater gegen die Verfassungsrevision seien, sei dies für Redner um so mehr Grund, dieselbe zu befürworten. Die Partei Lenders betone doch sonst so stark das historische Recht; sie könne also doch Andern nicht zumuthen, auf ihre Rechte zu verzichten.

Abg. Bluntschli: Der Inhalt von Feders Motion sei im Wesentlichen der gleiche wie der in der seinigen; sie ließen sich also vereinigen. Wir wollen der Staatsregierung die Revision empfehlen; will dies der Abg. v. Feder nicht, so müssen wir über seine Motion zur Tagesordnung übergehen. Unser ursprünglicher Antrag war keine Motion, sondern eine Resolution; erst auf verschiedene Wünsche hin haben wir die Motion beschlossen; jetzt haben wir uns wieder für die Resolution schüßig gemacht. Der Unterschied sei der: bei der Resolution sei die Sache für heute beendet und der Staatsregierung sei das Weitere überlassen; dies sei nach der gesammten Discussion von heute am besten. Bei einer Motion gehe der Antrag an eine Commission, werde dann wieder im Plenum berathen und hernach der ersten Kammer mitgetheilt; bei Modi-ficationen in letzterer gehe die Motion wieder hier-her zurück. Dadurch könne also leicht eine Verschleppung eintreten. Mit Zustimmung der Regierung könne man daher in der Form der Resolution die Sache definitiv abthun. Den Antrag von Buß werde man später bei der Verfassungsrevision zu prüfen haben; man könne also heute über denselben zur Tagesordnung übergehen. Wenn Buß das Wahlrecht ein angeborenes Recht des Menschen genannt habe, dann hätte er es auch für die Frauenzimmer verlangen müssen und doch habe er diese Consequenz nicht gezogen.

Staatsminister Jolly spricht seine Uebereinstimmung damit aus, wenn Bluntschli seine Motion in eine Resolution verwandle. Die Regierung werde dann mit Vertrauensmännern aus beiden Häusern die Sache in die Hand nehmen.

Abg. v. Feder zieht darauf seine Motion zurück und vereinigt sich mit der Resolution Bluntschlis.

Abg. v. Buß: Es könne kein Zweifel sein, daß wenn von seiner Partei der Antrag nicht eingebracht worden wäre, man ihn von der andern Seite weit überholt hätte. Deshalb keine langen Worte mehr! Nur auf einzelne Bemängelungen wolle er antworten. Man habe sich nicht einverstanden erklärt mit seinem Satz, daß das Wahlrecht ein angeborenes sei; aber dies gehe schon daraus hervor, daß der Mensch als gesellschaftliches Wesen geschaffen sei; habe ihn doch schon Aristoteles ein politisches Wesen genannt! Um sein Recht zu erlangen, müßten ihm auch die Mittel dazu gegeben sein; also vor allem das Wahlrecht. Was der Mensch aber selbst üben kann, soll er keinem Andern übertragen. Bluntschli habe ihn auf's Eis führen wollen, indem er in Betreff des schönen Geschlechts eine zarte Seite bei ihm berührt habe; es müsse aber Theilung der Arbeit sein, denn wer werde sonst kochen? (Eine Stimme: Die Köchin!) Was den Syllabus betreffe, so werde er das später einmal erklären. (Heiterkeit.) Er sei zur Zeit gerne in der Kirche; aber hier sei er eben nicht in der Kirche. Der Abg. Bär sei noch ledig, er könne also wohl einen Vermittler brauchen, er solle ihn als Vermittler beim genus femininum nehmen (Bär: das kann ich selbst besorgen!), — gewiß, wozu dann Wahlmänner für etwas, das man selbst thun kann? Bismarck habe seinen Fluch über das indirecte Wahlrecht ausgesprochen (Eine Stimme: Das kennen wir!), also gut, wenn sich nun direktes und indirectes Wahlrecht gegenübersteht, so verlangt's die Logik, daß wenn im Reich das eine herrscht, es in den Gliedern auch so sein soll. Die wichtigsten Fragen im Reich verstehen Bürger und Bauer nicht immer; aber das näher liegende Interesse im Einzelnen wisse er wohl zu beurtheilen. Blum habe von dem Zehnten gesprochen, allein dieser gehöre den Gewesenen an; er habe der Monum. histor. Germ. Erwähnung gethan, nun da frage er ihn, ob er den Tacitus nicht gelesen habe, ob er ferner nicht wisse, daß das März- und Mainfeld seine directen Wahlen gehabt? Man müsse also gründlich lesen. Die kath. Kirche sei hier angeführt worden als eine Anstalt der Unterwerfung und der Servilität; aber nicht in den germanischen Wäldern

sei das constitutionelle Leben entstanden, sondern in den Concilien sei das repräsentative System gewachsen. Jetzt wolle man die Geistlichen an den Altar schmieden; die kath. Kirche wirke aber zugleich nach Außen; die protestantische nur nach Innen. Der Abg. Roder habe ihn vorhin denunciirt, als rufe er die Massen zum Aufruhr. Im Jahre 1848 seien heißere Tage gewesen; damals sei er für die Sache der Ordnung eingestanden; dem Herrn Roder sei er auf demselben Wege nicht begegnet. Etwas ganz Anderes sei der jetzige Kampf um Beruf und Dasein. Geben Sie dem Volke, was ihm gebührt, das direkte Wahlrecht! (Zeichen des Beifalls und des Mißfallens.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Kiefer: Er weise entschieden die Behauptung Marbes zurück, daß es ihm nicht Ernst sei mit dem direkten Wahlrecht, daß er pro und contra gesprochen habe. Lender habe den Censor gegen ihn spielen wollen, nachdem er Bluntschli und Jolly belobt. Wiederholungen passirten auch Andern; die Hauptsache sei, daß was man sage, wahr sei. Lender habe ihm in Sachen der citirten Äußerungen über den Militarismus Verläumdung vorgezogen. Im Bad. Beobachter sei so über die Wähler Wahlerversammlung referirt worden, wie er gesagt habe. Lender habe sich mit Pathos auf seinen Eid berufen; in dieser Beziehung habe er ihm keinen Vorwurf gemacht. Aber Eins müsse er doch sagen: er bewundere die unbedingte Zustimmung, die Lender für Alles was in der Kirche geschehe, habe; Redner huldige nicht so unbedingt in Allem der Regierung.

Lender: Gegenüber Roder bemerkte er, daß der frühere Abg. Conrad selbst gesagt habe, er habe keine Schulbildung, nicht er (Redner). Er bedaure, daß Kiefer sich auf den Bericht irgend eines Correspondenten berufe; möge ein Blatt Jemand noch so nahe stehen, so werde Kiefer aus eigener Erfahrung wissen, daß man nicht für alles Einzelne verantwortlich gemacht werden könne. Er habe nur die eminente wirtschaftliche Bedeutung in Sachen des Militarismus hervorgehoben, nicht dessen gründliche Beseitigung überhaupt. Kiefer habe auch seine Eintheilung in allen Stücken mit der Kirche und deren Organen getadelt; jener habe aber nicht unterschieden zwischen dem religiösen und dem politischen Moment. Kiefer habe kein Recht, einen Blick in sein Inneres zu thun. Uebrigens trenne er sich vielfach in politisch-kirchlichen Dingen von der Ansicht Anderer, nach dem Grundsatz in necessariis unitas, in dubiis libertas.

Jungmanns: Gegenüber dem Vorwurf, wir hätten auf dieser Seite unseren Mittelpunkt außerhalb der Nation, bitte er doch zu unterscheiden zwischen dem nationalen und kirchlichen Mittelpunkt: unser Oberhaupt sei im Mittelpunkt des Volkes, — der Kaiser; in kirchlichen Dingen sei Papst und Kirche die magna charta der Freiheit für die Welt.

Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen von Bär, Krebs und Lender wird Bluntschlis Resolutions-Antrag gegen 10 Stimmen angenommen, gegen den Antrag von Buß auf Einführung direkter Wahlen wird gegen 12 Stimmen (v. Feder und Krebs stimmen mit der katholischen Volkspartei) die Tagesordnung beschlossen und dann der Antrag Bluntschlis auf einjährige Budgetperioden an eine Commission gewiesen, mit allen gegen 10 Stimmen.

Schließlich zeigt der Abg. Krebs an, daß er eine Motion auf Revision des Schulgesetzes von 1868 einbringen werde.

Schluß der Sitzung Abends 1/28 Uhr. Nächste Sitzung 12. Jan. Vorm. 10 Uhr.

Starkruhe, 23. Dec. In der heutigen 4. Sitzung der Ersten Kammer unter Vorsitz des Oberhofrichters Obkircher erfolgte zunächst Erstattung und Berathung der Berichte der Budgetcommission über mehrere Rechnungsnachweisungen für 1870 und 1871 in abgekürzter Form, welche sämmtlich unbeanstandet genehmigt wurden. Hierauf gelangte der Gesetzentwurf betr. das Polizeistrafsgehbuch ohne Debatte und einstimmig zur Annahme. Bei der Berathung des von Kreis- und Hofgerichtsdirektor v. Gillern erstatteten Berichts über den Gesetzentwurf, die öffentlichen Mahnungen bei der Vereinigung der Grund- und Pfandbücher betr., entspann sich eine längere Debatte. Schließlich wurde der Antrag des Geh. Rath Ren aud auf Beseitigung der zwei letzten, von der 2. Kammer beschlossenen Absätze des Entwurfs: „Außerdem haben die Pfandgerichte denjenigen Gläubigern oder deren Rechtsnachfolgern, deren Aufenthaltort bekannt und nicht so entfernt ist, daß die Behändigung besonderen Schwierigkeiten unterliegt, eine Mahnung desselben Inhaltes Biffer 1, 2, 3 urkundlich gegen die Beseitigung zuzustellen;“ „Dar-

über, ob im einzelnen Falle die Voraussetzungen der Bewirkung einer solchen besonderen Zustellung vorhanden seien, entscheidet das Ermessen des Pfandgerichts mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Nach Berathung des von Professor Dr. Behagel erstatteten Berichts über den Gesetzentwurf, die Zuständigkeit der Amtsgerichte als Vormundschaftsbehörde betr., wurde derselbe einstimmig angenommen. Ebenso nach mündlicher Berichterstattung durch den Herrn v. Bodmann im abgekürzten Verfahren der Gesetzentwurf, den Betrieb der Dampfkessel betr. Endlich erfolgte noch die Berathung des Berichts der Budget-Commission über den Gesetzentwurf, die Gewährung von Wohnungsgeld-Zuschüssen an die weltlichen Staatsdiener und Angestellten, Berichterstattung Dennig. Die namentliche Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs. (N. B. L.)

Deutschland.

* Karlsruhe, 28. Dec. Für die ehrwerthe Landesbase haben wir auf ihren heutigen Angriff nur eine ganz kurze Antwort. Wir denken nicht daran, ihr Rede zu stehen über die Art wie wir die Bluntschli'sche Resolutions Metamorphose auffassen und ebenso wenig in Betreff der Stimmvieh-Exploitation des „Demokraten“ Krebs; wie man sich diese Dinge in der Waldstraße zurecht legt, ist uns nach Bebel gänzlich „Wurst“. Da aber die Landesbase die Stirne hat, uns mit dem Ausdruck „Lüge“ aktrumpfen zu wollen, wenn wir behaupteten, sie habe das Landvolk früher einmal „Stimmvieh“ genannt, so ist das, nach dem was zwischen ihr und dem Beobachter seiner Zeit in der Sache gespielt hat, eine Athernheit, die ihres Gleichen sucht, es müßte denn bei ihr „Stimmherde“ etwas Anderes sein als „Stimmvieh“! Die Landesbase wird sich doch wohl noch recht gut erinnern, wie sie dem Badischen Beobachter etwa vor Jahresfrist eine „Berichtigung“ zusandte, in welcher sie jene Bezeichnung als nicht von ihr herrührend in Abrede stellte, worauf wir ihr Datum und Nummer ihres Blattes — es handelte sich um die bekannte Hardheimer Volksversammlung anlässlich der Zollparlamentswahlen — citirten, in welchem sie wörtlich den Ausdruck „ländliche Stimmherde“ gebraucht hatte, und zwar nicht in dem Sinn „das Landvolk werde von seinen geistlichen Hirten als Stimmvieh behandelt“, sondern als direct von ihr selbst ausgehendes epitheton ornans. Auf diesen Nachweis hat die blamirte Landesbase damals geschwiegen, wie sie auch gar nicht anders konnte, und nun will sie uns mit „Lüge“ aufwarten, da wir wieder darauf zurückgriffen! Sollen wir denn nochmals den Wortlaut vorhalten? —

* Karlsruhe, 29. Dec. Prinz Wilhelm hat die Candidatur für den hiesigen Reichstagswahlbezirk definitiv abgelehnt.

× Aus dem Kreise Karlsruhe, 26. Dec. Der Plan, den die preussische Regierung mit der Veröffentlichung des kaiserlichen Schreibens an den Papi verfolgte, war fein angelegt. Es sollte ein Landeshäuer über die Gesamtmonarchie ausgegossen werden, um durch ein Fehlschlagen der Landtagswahlen das Centrum in den Grund zu bohren. Die „Dreh-scheibe“ der servilen Presse schnurrte außergewöhnlich rasch, um ihrem Herrn, den sie auch im Jorne liebt, den Liebesdienst auf's Prompteste zu effectuiren. Aber, wie bekannt, das Experiment schlug fehl; die katholische Partei wählte erst recht wacker drauflos, und Fürst Bismarck sieht die für ihn schreckliche Gestalt des Centrums namhaft verstärkt zur Stelle. Das wäre schon hinlänglich viel Stoff zu Verdruß und Aerger, allein dazu kommt nachträglich noch eine weitere Portion, die nicht minder empfindlich auf-sitzt, weil sie wider alles Erwarten hinter den Coulissen hervorgeholt und an die Oeffentlichkeit gelangt ist. Die begleitenden Umständen sind höchst interessant. In der 15. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Dec. anlässlich einer Debatte über Wahlumtriebe erklärte nämlich der Minister des Innern Graf zu Eulenburg die Wahlbeeinflussung seitens der Regierung für „verpönt“, mit andern Worten: er stellte solche entschieden in Abrede. Sieben Tage später, am 16. Dec., veröffentlichte die „Germania“ folgende Actenstücke:

1. Berlin den 19. October 1873.

Im Wahlkreise Rheinbach-Vonn sollen 10,000 Druckexemplare der Correspondenz zwischen dem Kaiser und dem Papi mit bestem Erfolge vertheilt worden sein. Wenn Ew. Hochwohlgeboren auch für Ihren Verwaltungsbezirk oder einzelne Theile desselben eine solche Maßregel für opportun halten, so will ich die Kosten decken. Das Erforderliche müßte aber sofort veranlaßt werden, damit es noch vor den Wahlmännerwahlen wirksam wird.

Der Minister des Innern
gez. Eulenburg.

An den königlichen Oberpräsidenten Herrn v. Bardeleben, Hochwohlgeboren zu Koblenz.

II.

Koblenz den 21. October 1873.

Abchrift hiervon lasse ich Ew. . . zur gefälligen Kenntnissnahme und mit der Ermächtigung zugeben, falls Sie sich den gewünschten Erfolg davon versprechen, Exemplare der gedachten Correspondenz ebenfalls zu vertheilen und die hierdurch erwachsenden Kosten bei mir zur Erstattung zu liquidiren.

Der Oberpräsident der Rheinproving
gez. v. Bardeleben.

An den königl. Landrath Herrn R. zu N.

Was soll man denn zu solchen Enthüllungen sagen? Soll man sich darüber verwundern? Wir hätten allerdings Veranlassung genug hiezu, wenn nicht, wie in diesem Blatte jüngst bemerkt wurde, unsererseits die Verwunderung auch über die absonderlichsten Dinge der Gegenpartei ein überwundener Standpunkt wäre. An die liberalen Reichsfreundlichen wird aber doch eine Frage erlaubt sein. Wenn nämlich diese und jene „Kaplanpredigt“ in Betreff der Wahlen eines Kanzelparagraphen werth war, was mag wohl erst ein solcher ministerieller Wahl-drecker werth sein?? —

Mainz, 25. Dec. An Stelle des Herrn Wasserburg, der mit dem 1. Januar von der Redaction des „Mainzer Journals“ zurücktritt, wird Herr Caplan Kossadt, dormalen in Bingen, die Redaction übernehmen. Auch der zweite Redacteur, Herr Meister, scheidet mit diesem Tage aus der Redaction. Derselbe hat einen sehr vortheilhaften Antrag nach der Schweiz angenommen. (Berm.)

Ins Curhessen, 25. Dec. Unter dem Gabenverzeichniß der „Hess. Bl.“ für die „renitenten“ Pastoren figuriren dies Mal: Cabinetrath Schimmelpfennig in Prag mit 10 Thlr. Quartal-Beitrag, Se. Erl. der Graf zu Erbach-Fürstenu mit 100 Thlr. Auch von Katholiken in Fulda liefen Beiträge ein.

Berlin, 27. Dec. Die kaiserlichen Beschwerden, an denen der Kaiser zu leiden hatte, haben abgenommen. Der Kaiser hat heute außer den Mitgliedern der königlichen Familie mehrere hoch-gestellte Militärpersonen und auch den Chef des Militärcabinetts zu einem geschäftlichen Vortrage empfangen.

Breslau, 26. Dec. In der „Schles. Volksztg.“ findet sich folgendes „Gesuch“. Ein in Folge der Wahlen brodlos gewordener Stadt-Secretär und Landwehr-Lieutenant sucht einen Posten als Rentmeister, Buchhalter oder Materialien-Verwalter. Nähere Auskunft erteilt die Redaction dieser Zeitung.

Ausland.

Wien, 25. Dec. Vollständig aus der Luft gegriffen ist das Gerücht, daß sich die deutsche Reichsregierung wegen Anerkennung des „altkatholischen Bisthofs“ Reinens an das österreichische Ministerium gewandt habe. Man weiß in Berlin sehr wohl, daß die Auffassung des „Altkatholicismus“ bei uns eine ganz andere ist; für den „Altkatholicismus“ fehlen hier alle Lebensbedingungen. Der Lehrbegriff berechtigt zu keiner Fortexistenz; dieselbe wird nur durch künstliche Aufzucht möglich. In österreichischen Staatsinteresse liegt aber eine solche Aufzucht nicht. Damit fällt auch jede Ursache weg, die „altkatholischen Geistlichen“ mit officiosem Glorienschmuck zu umgeben. Die Regierung kann sich die Ausgaben für Krummstab und Ring ersparen und braucht für keinen außerordentlichen Würdenträger eine außerordentliche Dotation auszuwerfen. Das kennt man in Berlin sehr gut und darum wäre es klug und billig genug, Oesterreich aus dem Spiele zu lassen. Die „altkatholische Gemeinde“ brachte es bei uns nicht ein Mal zu einem kühlen Frühling und seinen Frühlingshoffnungen; es wird ihr darum auch der harte Winter nicht sehr fühlbar. Hätte sich im deutschen Reiche nicht die leidige Politik der protestkatholischen Sache angenommen, jenes unbestimmbaren Glaubensbekenntnisses, dessen Substrat die Hamlet'sche Frage „Sein oder Nichtsein“ bildet: der „Altkatholicismus“ würde trotz Dollinger, Friedrich und Schulte längst dort sein, „ubi non nata jacent“, (N. B. B.)

Wien, 25. Dec. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Die Verhandlungen der meisten Landtage sind so weit vorgerückt, daß die Frist nach der Vertagung bis zur Wiedereröffnung des Reichsrathes zur Beendigung derselben hinreichen wird. Das Bedürfniß nach einer längeren oder kürzeren Dauer der Nachtragsession nach den Ferien ist selbstverständlich auf den einzelnen Landtagen verschieden. Die Regierung beabsichtige deshalb auch, die Session nicht in den Landtagen gleichzeitig zu schließen, sondern hat den Länder-Chefs die Weisung erteilt, sich mit den Landtags-Präsidenten über den Schluß-Termin jedes einzelnen Landtages besonders zu verständigen.“

Es ist jedoch den Landesstellen zugleich der Wunsch ausgedrückt worden, daß womöglich kein Landtag seine Session über den 18. Januar hinaus ausdehne. Am meisten Arbeit ist noch in den Landtagen von Galizien, Böhmen und Steiermark zu erledigen. Diese Landtage werden daher voraussichtlich auch am längsten tagen.“

Paris, 27. Dec. Der „Moniteur“ sagt, daß die Regierung von gewissen bischöflichen Hirtenbriefen mit lebhaftem Bedauern Kenntniß genommen habe. Je mehr der Patriotismus der Geistlichkeit Anerkennung verdiene, umso mehr müsse sie sich einer Polemik enthalten, welche diplomatische Verwicklungen herbeiführen könne. Andere Journale versichern, daß der Cultusminister ein Rundschreiben erlassen habe, worin er den Bischöfen anempfehle, ihre Sprache zu mäßigen.

Verfailles, 27. Dec. Die Nationalversammlung hat einen Antrag Wolowski's auf Herabsetzung des Tarifs der Postfahrbillets verworfen, dagegen einen Antrag von Gaviniot auf Herabsetzung des Preises für die Beförderung von Druckfachen genehmigt.

London, 27. Dec. Nach hier eingelangten Nachrichten ist der Dampfer „Gipsy Queen“ auf dem Tyneflusse unweit Newcastle upon Tyne, gesunken und sind einige 40 Menschen um's Leben gekommen.

Madrid, 26. Dec. Eine Depesche des Generals Moriones meldet, daß er seine Armee gestern Abend bei Santona ohne Zwischenfall ausgeschifft hat. — Die Belagerungsarmee vor Cartagena hat in das den Hafen beherrschende Fort Sant Julian Bresche geschossen und scheint die Einnahme derselben bevorzulehen.

Washington, 27. Dec. Caleb Cushing wird Sicles auf dem Gesandtschaftsposten in Madrid ersetzen.

Notizen.

© Aus dem Wiesenthal, 21. Dec. Heute feierte die kathol. Pfarrecuratie Hölstein ein außergewöhnliches Freudenfest. Die neue Kirche hat nämlich endlich ihre Altäre erhalten, einfach, aber wie würdevoll und schön! Herr Bildhauer Marmon von Siegmaringen hat da wieder seine Kunst bewährt und ein herrliches Meisterwerk geliefert. Der Hauptaltar hat einen prachtvollen Tabernakel und ob demselben die Kreuzigungsgruppe; oben zu beiden Seiten des Tabernakels sind zwei betende Engel, unter denselben zum Andenken an die zwei größten Wohlthäter unserer Kirche Herrn Geistlicher Rath und Professor Alban Stolz und früherer Curator Mathäus Huber der heil. Alban und der hl. Mathäus. Herr Definitor und Pfarrer Geishofer von Wehr nahm heute die Einweihung der Altäre vor. In der vorausgegangenen Predigt rief er durch sein directes Wort die Herzen Aller hin, kein Auge blieb wohl trocken, namentlich als er mit ergreifenden Worten das hohe Glück der armen Fabrikarbeiter schilderte, in ihrer Kirche gleichsam die verlassene Heimath wieder zu finden und meisterhaft die hohe Bedeutung der Altäre durchführte, daß sie da Jesum wie einst zu Bethlehem, zu Nazareth und zu Jerusalem wiedertröffen. Der Gesellenverein verherrlichte das Fest durch Gesang. Ein wahrhaft frohvolles und erhebendes Fest der Katholiken in dieser ganz protestantischen Gegend.

* Schwurgericht.

Constanz, 22. Dec. Joseph Kayser aus Vogelbach wird wegen Todschlags zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Es lag hier der seltene Fall vor, daß der Staatsanwalt nur 10 Jahre beantragt hatte, der Gerichtshof aber im Hinblick auf die schrecklichen Umstände des Falles die Strafe um 2 weitere Jahre erhöhte.

Freiburg, 22. Dec. Buchdrucker Joseph Dilger von Freiburg, Herausgeber des Freiburger Boten, wird wegen Beleidigung des Schwurgerichts und des Staatsanwalts in Constanz durch einen Artikel des genannten Blattes zu 10 Wochen Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt. — Ein weiterer Preßproceß, gleichfalls hervorgerufen durch einen Artikel des Freiburger Boten, ist gegen Julius Köhler und Otto Martin von Kenzingen wegen der Beleidigung der Gendarmerie, speciell des Gendarmen Kuh gerichtet. Martin wird zu 3 Wochen, Köhler zu 14 Tagen Gefängniß und zur Tragung der Kosten verurtheilt. — 23. Dec. Martin Meyer von Wolfenweiler erhält wegen Meineids aus Fahrlässigkeit 10 Monate Gefängniß.

Mannheim, 23. Dec. Johann Luz von Mannheim, wegen Unterschlagung im Amte angeklagt, wird zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Briefkasten.

An den Herrn Einsender des Aufsatzes über die Stellung der sogenannten Alt Katholiken herzlichen Dank; nur müssen wir bei dem durch die Feiertage angehäuften Stoff mit der Aufnahme desselben bis zum 3. Jan. zuwarten.

St.— Ein in der Sache kompetenter Mann hat uns abgerathen.

Nach Baden. Das Eingekandte ist zu unverständlich außerhalb Ihrer Stadt.

Freie Conferenz.

Dienstag, 30. Dec., Nachmittags 3 Uhr, im „Hirschen“ in Bühl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

In der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg erscheint:
Theologische Bibliothek.

als die geistigen Bewegungen, von denen die Gegenwart erschüttert wird, jeden, dem Christenthum und Kirche am Herzen liegen, drängen, zu den Fragen der Zeit auf fester Grundlage klare und bewusste Stellung zu nehmen. Dazu wird eine kurzgefaßte, im Ausdruck möglichst bestimmte gehaltene Uebersicht dessen, was sich als Ergebnis langjähriger wissenschaftlicher Arbeit bewährt, die erwünschtesten Dienste leisten. Die Verlagshandlung glaubt daher eine ehrenvolle Aufgabe zu lösen, wenn sie sich zur Herausgabe einer Reihe von Lehrbüchern anschickt, die unter dem Titel einer „Theologischen Bibliothek“ das gesammte Gebiet der katholischen Theologie umfassen sollen. Wie weit dieser Plan vorerst ausgedehnt worden ist, zeigt das Verzeichniß der beabsichtigten Lehrbücher. Dem Inhalte nach werden dieselben auf dem bezeichneten Standpunkt streng den Forderungen zu entsprechen suchen, welche im Namen der Kirche wie der Wissenschaft an sie zu stellen sind. Als äußeres Maß ist die Bestimmung angenommen worden, daß keine Disciplin mehr als zwei Octavbände in Anspruch nehmen soll.

- Reihenfolge der Lehrbücher.**
- Encyclopädie von Dr. F. Hagemann.
 - Apologetik von Dr. F. Hettinger.
 - Einführung in das alte und neue Testament von Dr. F. Kaulen.
 - Biblische Archäologie und Geographie.
 - Lehrbuch der Kirchengeschichte in 2 Bänden von Dr. F. Hergenröther.
 - Grundriß der Patrologie von Dr. F. Alzog.
 - Handbuch der katholischen Dogmatik in 2 Bänden von Dr. M. Jos. Scheeben.
 - Dogmengeschichte von Dr. F. X. Wildt.
 - Lehrbuch der katholischen Moralktheologie von Dr. J. E. Bruner. (Unter der Presse.)
 - Lehrbuch des katholischen und protestantischen Kirchenrechts von Dr. F. H. Bering. (Unter der Presse.)
 - Handbuch der Liturgik oder Theorie des katholischen Cultus von Dr. Val. Thalhofer.
 - Pastoral, Katechetik, Homiletik von Dr. Kleinheide.
 - Pädagogik.
 - Theologische Literaturgeschichte.

Scheeben, Dr. M. J., **Handbuch der katholischen Dogmatik.** Mit Approbation des Ordinarats zu Köln. I. Band. 1. Abtheilung. gr. 8°. (336 S.) Preis: fl. 2.
 Dieses Werk ist auf zwei Bände zu je ungefähr 50 Bogen berechnet. Der ersten Abtheilung wird ehestens die zweite folgen, so daß die Hälfte des Ganzen (Erkenntnißlehre, Gotteslehre, sowie die Lehre von der Schöpfung und der Gnade des Schöpfers) bald in den Händen der Abnehmer sein wird. Der zweite Band, enthaltend die Lehre von der Sünde, der Incarnation, der Kirche, ihrem Opfer und ihren Sacramenten, der Gnade Christi und den letzten Dingen, wird in angemessenen Fristen nachfolgen.

Karlsruhe und Ettlingen. 4.3.
Bauarbeiten-Vergebung.

- Nachstehende Arbeiten zur Erhöhung des Thurmes und zur inneren Restauration der katholisch. Pfarrkirche zu Ettlingen sollen zur Ausführung einzeln oder im Ganzen in Accord gegeben werden, und zwar: im Anschlag zu:
- Maurerarbeit . . . 1400 fl. 45 fr.
 - Steinhauerarbeit . . . 3094 fl. 5 fr.
 - Steinhauerarbeit . . . 5357 fl. 33 fr.
 - Zimmerarbeit . . . 2268 fl. 32 fr.
 - Schreinerarbeit . . . 257 fl. 36 fr.
 - Schreinerarbeit . . . 1757 fl. 11 fr.
 - Schlosserarbeit . . . 190 fl. — fr.
 - Schlosserarbeit . . . 117 fl. 40 fr.
 - Blechnarbeiter . . . 522 fl. 58 fr.
 - Blechnarbeiter . . . 73 fl. 8 fr.
 - Tüncher-, Maler- und Vergolderarbeit . . . 500 fl. — fr.
 - Tüncher-, Maler- und Vergolderarbeit . . . 1247 fl. 50 fr.
 - Tüncher-, Maler- und Vergolderarbeit . . . 1224 fl. 12 fr.
 - Schieferdeckerarbeit . . . 1389 fl. 58 fr.
 - Schieferdeckerarbeit . . . 122 fl. 26 fr.

Summa 19523 fl. 54 fr.
 Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 2. Januar 1874, Nachmittags 2 Uhr, bei der kathoi. Stiftungs-Commission Ettlingen portofrei einzureichen. Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind inzwischen bei genannter Stiftungscommission zur Einsicht aufgelegt.
 Zur Eröffnung der Angebote ist den Mietern der Zutritt gestattet.
 Karlsruhe und Ettlingen, den 19. December 1873.
 Erzbischöfl. Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg vorrätzig in der Literarischen Anstalt:

Dogmatische Theologie

von Dr. J. B. Heinrich,
 Dombican, Generalvicar und Professor der Dogmatik am Seminar zu Mainz.
Erster Band, erste Abtheilung.
 gr. 8°. 21 Bogen. geh. fl. 2. 6 fr. rh.
 Dieses vollständige und allseitig durchgeführte Handbuch der Dogmatik soll dem Schüler zur Ergänzung der Vorlesungen, dem Clerus zum Selbststudium und wissenschaftlich gebildeten Männern anderer Stände zur Belehrung dienen. Das ganze Werk besteht aus drei Bänden, welche rasch nach einander erscheinen werden. Die zweite Abtheilung des ersten Bandes wird vor Ostern 1874 ausgegeben.

Das erste Pontificalschreiben des Apostelfürsten Petrus.

Wissenschaftliche und praktische Auslegung des ersten Briefes des heil. Petrus im Geiste der Kirche und im Hinblick auf den Geist der Zeit.
 Von Dr. Ludw. Jos. Hundhausen,
 Professor der Theologie am bischöfl. Seminar in Mainz.
 gr. 8°. 30 Bogen. geh. fl. 4. rh.

Deutsche Reichs-Zeitung.
 Auflage 3900. Abonnementspreis pro Quartal 1 Thlr 10 Sgr.
 Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf.
 Bonn, im Dezember 1873.

Allen Gicht- und Rheumatismuseidenen kann ich den Herrn Apotheker Deibert in Frankfurt a. M., alte Rothhofstraße 2, bestens empfehlen.
Traugott Weber
 aus Braunschweig.

In der Expedition dieses Blattes sind zu haben:
Sonntagskalender. 9 kr.
Marienkalendar. 12 kr.
Kalender für Zeit & Ewigkeit von Alban Stolz. 9 kr.

Für Krampfleidende.
 Eine Anweisung, die **Fallsucht** (Epilepsie), Krämpfe durch ein seit 12 Jahren bewährtes nicht medicin. Universal-Gesundheitsmittel binnen kurzer Zeit radikal zu heilen. Herausgegeben von Dr. Fr. A. Quante, Fabrikbesitzer zu Warendorf in Westfalen, welche gleichzeitig zahlreiche, theils amtlich constatirte resp. eidl. erhärtete Atteste und Dankfugungsschreiben von glückl. Geheilten aus allen fünf Welttheilen enthält, wird auf directe Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis-franco versandt. 10.3

Stelle-Gesuch.
 Es sucht einer, der den Post- und Telegraphendienst zu erlernen wünscht, eine Stelle. Die Adresse theilt auf portofreie Anfrage unter Beischluß einer Freimarke die Exp. d. Bl. mit. 14.6

Bacanzien.
Gesucht: Eine gebildete Dame zur Führung des Haushalts und Erziehung der Kinder. Fr.-Offerten mit Angabe des Lebensverhältnisses. D.5.
Gesucht: Ein gebildetes Frauenzimmer aus guter Familie zur Führung des Haushalts und Erziehung der schon herangewachsenen Kinder. Die Stellung ist eine angenehme, und da dieselbe als Familienglied betrachtet werden soll, wird gewünscht, daß sie aus guter Familie ist. Fr.-Offerten sub B. G. 228 nebst Photographie.
Gesucht: Ein gebildetes Frauenzimmer zur selbstständigen Führung des Haushalts zweier Herren. Fr.-Offerten sub J. H. 229.
 Deutsche Universal-Agentur in Heidelberg.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.
 Dienstag den 30. Dec. IV. Quart. 144. Abonnements-Vorstellung. **Die Neujahrsnacht.** Schauspiel in 1 Act von Benedix. Zum ersten Male: **Wenn Frauen weinen.** Lustspiel in 1 Act nach dem Französischen von A. v. Winterfeld. **Das Versprechen hinter'm Herd.** Alpen-scene mit Gesängen in 1 Act von Baumann. Musik von Stein. Anfang halb 7 Uhr.
Theater in Baden.
 Mittwoch den 31. Dec. Keine Vorstellung.

Todesfälle.
 24. Dec. Luise, Vater Oberschaffner Meier, 9 J.
 29. " Wilhelm Höllischer, Reichs-Procuretor, ein Ehemann. 62 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 27. Dezember.

Staatspapiere.	pr. comptant.	Rußland 5% Obligationen v. 1872	93 1/2 P	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	85 1/2 P	Finmländer 10-Thlr.-Loose	9 1/2 P
Bremen 4 1/2% Consol. Oblig.	106 1/2 P	Belgien 4 1/2% Obligationen	101 1/2 P	3% do. do.	49 P	Reininger 7-Fl.-Loose	— P
4 1/2% do.	— P	Schweden 4 1/2% Oblig. in Thalcr	96 1/2 P	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84 1/2 P	W e c h s e l - C o u r s .	
4% do.	99 P	Schweiz 4 1/2% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	— P	5% do. do. 2. Emiff.	83 P	Amsterdam l. S.	98 1/2 P
5% Obligationen	103 1/2 P	4 1/2% Berner Obligationen	98 P	5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	83 1/2 P	Kugsburg	100 P
4 1/2% do.	100 1/2 P	A.-Amerita 6% Bonds 1882r v. 1862	97 P	3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28fr.	60 1/2 P	Berlin	104 1/2 P
4% do.	96 1/2 P	6% " 1885r v. 1865	93 1/2 P	5% Hessische Ludwigsbahn	102 1/2 P	Bremen	105 1/2 P
3 1/2% do. v. 1848	— P	5% " 1904r 1/2 v. 1864	96 1/2 P	6% Central Pacific, rüd. 1898	102 P	Brüssel	93 1/2 P
Bayern 4 1/2% Obl. 1856R. 1. jäh.	101 P	Spanien 3% neue Schuld von 1869	14 P	6% Pacific Northwest, r. 1888 v. 1868	80 P	Hamburg	105 P
4 1/2% " (Rins 1jäh.)	100 P	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr.	— P	6% südl. Pac. Wiff. r. 1888 v. 1869	58 P	Leipzig	105 P
4% " 1jäh.	98 P	do. leere.	— P	Anlehen-Loose.	45 P	Bombay	118 1/2 P
Württemberg 5% Obligationen	104 P	Actien und Prioritäten..		Bayerische 4% Prämien-Anleihe	113 1/2 P	Mailand	— P
4 1/2% do.	100 P	Badische Bank, 200 Thaler	114 P	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	— P	Paris	93 1/2 P
4% do.	96 1/2 P	3% Frankfurter Bank, fl. 500	153 1/2 P	Badische 35-Fl.-Loose	— P	Wien	102 1/2 P
4 1/2% do.	92 1/2 P	4% Darmstädter Banfacten, fl. 250	406 P	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22 P	Gold und Silber.	
4 1/2% do.	— P	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6fr.	1036 P	Gr. Hessische 50 fl.-Loose	217 P	Pr. Friedrichsd'or	fl. 9.58—59
4 1/2% do.	100 P	5% do. Creditacten, fl. 160	247 P	25-Fl.-Loose	57 1/2 P	Wiener	9.41—43
4 1/2% do.	97 1/2 P	Stuttgarter Bank	92 1/2 P	Kurhessische 40-Thaler-Loose	69 1/2 P	Holländ. 10-fl.-St.	9.52—54
5% Silberrente R. 4 1/2%	65 1/2 P	5% Elisabethbahn, fl. 200	227 P	Ansbach-Gunzenhausen 7-fl.-Loose	— P	Ducaten	5.32—34
4% Papierrente R. 4 1/2%	61 P	5% Rudolphsbahn, fl. 200	162 1/2 P	Dessler. 4% 250-fl.-Loose von 1854	92 1/2 P	20-Frankenstücke	9.21 1/2—22 1/2
do.	61 1/2 P	4% Ludwigsb.-Bergb.-E. fl. 500	192 P	5% 500 do. do. 1860	92 P	Engl. Sovereigns	11.49—51
5% Ung.-C.-B.-Anl. 1868	70 P	4 1/2% Bayerische Ostbahn, fl. 200	144 P	100-fl.-Loose do. 1864	147 1/2 P	Ruß. Imperiales	9.42—44
England 5% Oblig. v. 1871	93 1/2 P	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	153 P	Schwedische 10-Thaler-Loose	— P	Dollars in Gold	2.25—26
		5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	35 1/2 P				

Druck und Verlaß von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.